



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/194 - 24.8.1956

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 636 830

Die Lehre von London	S. 3
Grosse Probleme für ein kleines Land -Bericht aus Amsterdam-	S. 4
Produktion, Löhne und Lebenshaltungskosten	S. 5
Die Düsseldorfer CDU-Gruppe und Bonn	S. 6
Das Verbot von Schriften Wibrichs in der Zone	S. 7

"Radioaktive Verseuchung"

Professor Dr. Bechert antwortet der Bundesregierung

Das Bundespresseamt hat über die Nachrichtenagenturen den deutschen Zeitungen mitgeteilt, dass meine vor einigen Tagen veröffentlichten Warnungen vor einer radioaktiven Verseuchung durch Atomwaffenversuche unberechtigt seien. Der von mir zitierte Artikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", in dem von einem Bericht der Bundesregierung an das Generalsekretariat der Vereinten Nationen über den Stand der radioaktiven Verseuchung in der Bundesrepublik die Rede ist, enthält folgende bisher nicht dementierte Sätze: "Eine vorläufige zusammenfassende Auskunft über den gegenwärtigen Stand und die künftigen Massnahmen ergibt sich aus der Antwort, welche die Bundesregierung auf einem Fragebogen des wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen gegeben hat... An der Auskunft, die von der Bundesregierung gegeben wurde, interessiert im Zusammenhang mit den Atomwaffenversuchen zunächst die nüchterne Feststellung, dass die Messwerte für Niederschläge in der Bundesrepublik zeitweise erheblich über der maximal zulässigen Menge von Radioisotopen im Trinkwasser... liegen."

Das Bundespresseamt bestreitet nicht die Existenz dieses Berichtes, sondern erklärt nur, dass der Bericht an die Vereinten Nationen noch

nicht abgeschickt sei.

Ich stelle also fest, dass die in dem Bericht erwähnten Tatbestände zugegeben werden, wobei ich allerdings der Hoffnung Ausdruck gebe, dass man jetzt nach meiner Warnung nicht darauf verzichtet, den Bericht auch der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Die von mir zitierte "Frankfurter Allgemeine Zeitung" veröffentlichte ferner am 21. August 1956 folgende Meldung: "Aus dem Bundesatomministerium wurde darauf hingewiesen, dass in der Bundesrepublik nur in ganz wenig höher gelegenen Höfen des Berglandes Regenwasser als Trinkwasser verwendet werde. Nur der dauernde Genuss eines ständig übermässig radioaktiven Regenwassers dürfte vermutlich zu gesundheitlichen Schädigungen führen."

Nur: Selbst wenn es "nur ein paar Höfe" waren - was übrigens nicht richtig ist - ist das nicht hinreichender Grund, um die Menschen, die auf diesen Höfen wohnen, besorgt zu sein? Und was ist mit der "potenziellen Gefahr" des Strontiums in Kindermilch? Bedröht sie auch "nur ein paar Kinder"? Gilt für diese nicht das im Grundgesetz garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit?

Auf den Hauptpunkt meiner Warnung ist das Bundespressamt und damit die Bundesregierung überhaupt nicht eingegangen. Ich hatte die Bundesregierung aufgefordert, sie solle jeden nur gangbaren Weg gehen, um die Grossmächte zur Einstellung der Atomwaffenversuche zu veranlassen. Hat unser christliches Abendland sich schon Gedanken darüber gemacht oder gar dagegen Einspruch erhoben, dass für manche Völker auf der Erde die radioaktive Bedrohung durch Atomwaffenversuche so gross ist, dass bei ihnen der Genuss wichtiger Nahrungsmittel lebensbedrohend sein kann, wie in Japan und auf Inselgruppen im Stillen Ozean? Auch bei uns wächst infolge der ständig sich wiederholenden Atomwaffenversuche die Gefahr von Tag zu Tag.

Besteht nicht aller Grund zu fordern, dass die Atomwaffenversuche aufhören sollen? Die Bundesregierung versichert, sie werde alles tun, um die Gefahren zu mindern. Die wichtigste Massnahme wäre aber z.Zt. - neben einer Strahlenschutzverordnung - mitsuhelfen, dass die Atomwaffenversuche eingestellt werden. Davon hat aber die Bundesregierung bisher nicht gesprochen.

Halbzeit im Suez-Konflikt

sp. Trotz dramatisierender militärischer Gesten der am unmittelbarsten interessierten Staaten, England und Frankreich auf der einen und Ägypten auf der anderen Seite, (auf die man auch nach der Konferenz noch nicht glaubt verzichten zu können), stand die Londoner Konferenz vom Beginn an unter dem Zwang der Verständigung. Nicht nur die Mehrheit der Teilnehmer wollte ^{sondern} mit ihr auch die beiden entscheidenden Mächte, gegen deren gemeinsamen Willen heute ein selbst partieller Waffengang so gut wie unmöglich geworden ist. Das nicht öffentliche, wohl aber mittelbar erkennbare Zusammenspiel zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion war das wirklich neuartige und für ihren Ablauf entscheidende Merkmal der jetzt beendeten Konferenz.

Dalles hat eine vermittelnde Position eingenommen. Hinter der indischen Formel stand Moskau. Zwischen beiden Standpunkten ist noch keine Einigung erreicht worden. Das aber war, zumal die Konferenz in Abwesenheit des Hauptbeteiligten, Ägyptens, stattfand, auch nicht zu erwarten. So ist die Suez-Konferenz zwar beendet, aber noch nicht die Suez-Krise. Trotzdem hat man guten Grund anzunehmen, dass es nicht zu einem Eklat kommt. Daran hat auch Nassar, bei dem die nächste Entscheidung* die ebenfalls noch nicht endgültig zu sein braucht, kein Interesse. *liegt,

So ist London ein neuer Beweis dafür, dass heute grosse internationale Streitfragen nur noch durch Verhandlungen zu lösen sind, weil jede andere Form keine Lösung, sondern eine Katastrophe für alle Beteiligten wäre.

Auch gibt es darüber keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten, dass so entscheidend wichtige Schifffahrtswege besonders in einer Zeit eines enormen Verkehrs, wie er heute die Erde unspannt, allen Staaten offenstehen müssen. Es geht deshalb in der kommenden zweiten Phase der Bemühungen um das Suez-Problem vor allem um die Modalitäten bei der Anwendung eines Prinzips, über das man sich im Grunde einig ist.

Schliesslich hat der bisherige Verlauf der Suez-Krise erneut bewiesen, dass auf viele Jahrzehnte abgeschlossene internationale Verträge, wie etwa der von 1888, politischen Entwicklungen und Veränderungen unterworfen sein können, die bei ihrem Abschluss nicht annähernd zu übersehen waren. Daraus muss man Konsequenzen ziehen durch sorgfältige und loyale Revisionsverhandlungen über solche Abmachungen. Das mag man unter dem Gesichtspunkt der Heiligkeit der Verträge bedauern, aber es wäre unklug, diese Tatsache zu übersehen. Die Anwendung dieser Erkenntnis kann jederzeit und überall notwendig werden, wo die sachlichen und politischen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

+ + +

In Holland wirds zu eng

Fr., Amsterdam

Eine kleine Sensation war für den holländischen Zeitungsleser die Veröffentlichung des statistischen Amtes über den Bevölkerungsdruck in den Niederlanden. Auf knapp 35 Seiten weist eine kleine Broschüre nach, dass zumindest im Westen und Nordwesten des Landes, in der sogenannten "Randstadt" Holland (gemeint ist damit der Kranz der grösseren und kleineren Städte und Vororte mit Amsterdam, Rotterdam, den Haag und Utrecht als Schwerpunkte) die äusserste Grenze der Bevölkerungsvermehrung erreicht ist.

Dort wohnen 2 391 Menschen auf dem qkm. (Übriges Holland 329 Einwohner/qkm). Aber immer noch hält der Zuzug aus den anderen Landesteilen in diese Wirtschafts- und Kulturzentren an. Man erwägt ein Verbot gegen ein weiteres Einströmen, denn in kurzer Zeit würde sonst die Bevölkerung keine genügenden Arbeits- und Wohnmöglichkeiten mehr finden. Auch die Verwaltung könnte dann mit der Bevölkerungsvermehrung kaum noch Schritt halten.

Aber wie soll man das Problem bewältigen? Mit einem Geburtenüberschuss von 15:1 steht Holland nach wie vor an der Spitze der westeuropäischen Länder. Die jährlich zu erreichende Auswanderungsrate ist ein viel zu schwaches Ventil. Auch verspricht man sich hier von einer zunehmenden europäischen Integration für die Lösung der Bevölkerungsfrage nicht viel. Im Gegenteil, bei einer Öffnung der Grenzen wird erwartet, dass noch mehr Menschen in die Hafen- und Industriestädte der Westküste wandern. Die einzige Abhilfemöglichkeit sieht das statistische Amt darin, eine günstigere Verteilung der Bevölkerung anzustreben. Neue und bessere Arbeitsplätze müssen in den weniger entwickelten und bevölkerungsmässig stagnierenden Provinzen Friesland, Gelderland, Drente und Zeeland geschaffen werden. Trotzdem wird sich ein weiteres Ansteigen der Bevölkerung in den drei westlichen Provinzen nicht ganz vermeiden lassen. Für 1980 rechnet man mit einer Gesamteinwohnerzahl für Holland von 14,1 Millionen, das sind rund 4 Millionen Menschen mehr als jetzt. Von den augenblicklich 10 Millionen Holländern leben 48 % in den drei Küstenprovinzen, die nur 21 % der Ober-

fläche des Landes ausmachen.

Schwierige Probleme sind schon in nächster Zeit zu lösen. Eines davon ist die Steuerung des Strassenverkehrs. Untergrundbahnen und Untergrundstrassen können nicht gebaut werden, weil das Land unter dem Meeresspiegel liegt. Die zunehmende Verkehrsdichte verlangt aber gebieterisch nach einem Ausweg. Die Fünftagewoche rückt heran, und es ist damit zu rechnen, dass bei einem verlängerten Wochenende - bei schönem Wetter - aus den genannten Städten 1,5 bis 2 Millionen Menschen auf die Strassen strömen. Diese Massen aber verlangen Erholungsgebiete. Die Anlage von Erholungszentren und die Ausbreitung der Städte selbst soll bis 1980 30- bis 40 000 ha landwirtschaftlichen Kulturbodens schlucken. Auf dem erstklassigen Kulturboden aus Meeresanlandungen in der Nähe der Hafenstädte wachsen aber 33 % der gesamten Agrarproduktion.

So frisst ein Problem das andere. Die Holländer sind ob ihres Kindersegens nicht nur zu beglückwünschen. Zieht man die auftauchenden wirtschaftlichen Fragen mit in Betracht, so könnte Malthus mit seiner Lehre doch recht behalten, wenigstens was Holland anbetrifft.

+ + +

Steigende Unternehmergewinne - sinkender Lohnanteil

Wie aus einer Statistik der IG-Metall, Landesbezirk Bayern, über die Entwicklung der Produktion, der Löhne und Lebenshaltungskosten hervorgeht, ist der industrielle Produktionsindex in den Jahren 1950 bis 1955 von 100 auf 200 gestiegen, während der Brutto-Stundenverdienst der Industriearbeiter bei 130 Punkten stehengeblieben ist. Zu diesen Betrachtungen kommt noch die Feststellung aus den Bilanzen massgebender Unternehmen, dass der Lohnanteil im Verhältnis zum Umsatz immer mehr zurückgeht. So ist aus dem vom Siemens-Konzern veröffentlichten Geschäftsbericht folgendes zu entnehmen:

Im Jahre 1952/53 betrug der Umsatz 1.320 Millionen, die Lohnsumme einschliesslich sozialer Leistungen 774 Mio, das sind nur noch 33 %. Der Anstieg des Umsatzes betrug also in den drei Jahren 53 %, die Steigerung der Löhne aber nur 51 %. Noch prägnanter wird diese Darstellung, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten von 96.400 auf 132.000, also um 36 %, gestiegen ist. Der Bezirksleiter von IG-Metall, Landesverband Bayern, Erwin Essl, stellt dazu fest, dass höhere Löhne von den Industrieunternehmen durchaus verkraftet werden können, ohne dass die Rentabilität des Unternehmens leidet oder Preiserhöhungen eintreten müssen.

+ + +

Bemerkenswerte Einsichten

sp. Es ist, zumal nach dem Stuttgarter Parteitag der CDU, kein Geheimnis mehr, dass in dieser Partei ein Prozess wachsender Selbsterkenntnis und Selbstkritik im Gange ist. Die Anzeichen dafür sind zahlreich. Sie wurzeln alle in dem Willen, zu verhindern, dass aus dem gefährlich berauschenden Sieg von 1953 - 1957 eine böse Niederlage werde. Die Zeichen, das sieht man wohl, stehen nicht gut.

"Ansätze zu einer inneren Besinnung in der CDU gehen zur Zeit vor allem von Nordrhein-Westfalen aus. Sie sind teilweise auch eine Folge der Ernüchterung nach dem Düsseldorfer Regierungswechsel", heisst es in der Hintergrund-Information einer Stelle, die christlichen und speziell katholischen Kreisen der CDU sehr nahesteht. Es werden dann die Namen Josef Dufhues, der in Stuttgart die Wahl Arnolds durchsetzte, Wilhelm Johnen, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in NRW, und Franz Meyers, ehemaliger Innenminister des Landes, genannt.

Im weiteren Verlauf dieser Darstellung finden sich einige recht bemerkenswerte Einsichten: Die CDU sei nach dem Erfolg von 1953 viel zu übermütig und selbstgefällig geworden. Falsch sei auch die Durchführung des Bonner Koalitionsmusters in den Ländern gewesen. Unter Missachtung der Grundgedanken des Föderalismus sei eine "Gleichschaltung der Länder" erzwungen worden. Wer heute in der CDU über die SPD/FDP-Koalition jammere, solle sich selbst anklagen. Karl Arnold sei seinerzeit von Bonn gezwungen worden, in Düsseldorf eine Koalition mit der FDP zu bilden (gemeint ist die Regierungsbildung im Jahre 1954, d. Red.). Arnolds Fehler sei gewesen, dass er nicht das tat, was er als Politiker für richtig hielt. In ihrer Selbstsicherheit sei die CDU kaum informiert gewesen über das, was im Lande vorging - ein Zusammengehen von FDP/SPD habe man daher in Düsseldorf für unmöglich gehalten.

Später wird gesagt, in CDU-Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen halte man auch die Abhängigkeit von gewissen Industrie-Verbänden für ungesund, und der Gedanke an eine grosse Koalition CDU/SPD werde nicht nur in der Landespolitik, sondern auch für eventuelle Engagements nach den Bundestagswahlen 1957 immer populärer. Es wird dann starke Skepsis gegenüber der Taktik der Bonner CDU sichtbar: In Bonn

24. 3. 1956

hebe man die augenblickliche Situation in der CDU noch nicht so klar erkannt, wie in der Düsseldorfer Gruppe, und die Notwendigkeit eines Zusammenstehens aller demokratischen Kräfte werde in Bonn gegenüber rein taktischen Erwägungen vernachlässigt.

Aus den Überlegungen der Düsseldorfer CDU-Gruppe, so lautet das Fazit dieser Darstellung, werde klar, weshalb in Stuttgart so erbittert für und gegen Karl Arnold gefochten wurde: Es gehe um die künftige Führung und um die Linie für den kommenden Wahlkampf. Aussenpolitisch werde Arnold mit dem bisherigen Adenauer-Kurs einig gehen, in innenpolitischen Fragen aber eine andere Meinung vertreten. Hierbei könne er sich auf mächtige Bundesgenossen berufen, und es folgen die Namen Erhard, Brentano, Kiesinger und Gerstenmaier.

Diese Ausführungen sind zumindestens als Symptom interessant. Weitgehende Folgerungen daran zu knüpfen, wäre sicher falsch. Es fällt auf, dass an anderer Stelle dieser Mitteilungen die Absicht deutlich wird, Misstrauen in das Verhältnis zwischen SPD und FDP, wie es sich in Nordrhein-Westfalen entwickelt hat, zu tragen. Diese Absicht ist verständlich, wenn man bedenkt, wie enttäuschend die gute Zusammenarbeit dieser Parteien im grössten deutschen Lande für die CDU sein muss.

+ + +

Revision oder Trick ?

EZ., Berlin

Als dieser Tage bekannt wurde, dass das Zentralkomitee der SED in einer geheimen Anweisung an die Bezirks- und Kreissekretäre und an die Leitungen der grossen "volkeigenen" Betriebe die Einziehung bisher wichtiger parteipolitischer Literatur anordnete, unter der sich auch einige von Ulbricht verfasste Broschüren befanden, ist das vielfach als ein erster Schritt in der ideologischen Entstalinisierung auch in der Zone gedeutet worden. Die Frage erhebt sich; handelt es sich um eine grundsätzliche Revision der politischen Anschauungen oder nur um einen taktischen Rückzug, dem das ZK der SED angesichts des offenen Widerstandes gerade der intellektuellen und vor allem jugendlichen SED-Mitglieder nicht mehr ausweichen konnte? War diese Massnahme vielleicht auch nur ein Entgegenkommen gegenüber den Kreisen in den Führungsgremien der SED, die sich, wie zuverlässig verlautet, bereits bis zum ZK in der Form einer Art Prakticumbildung gegen Ul-

24. 8. 1956

bricht und seine Getreuen stellen?

Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, dass vor allem alles, was mit dem IV. Parteitag der SED aus dem Jahre 1954 zusammenhängt, in Acht und Bann getan wurde, wie die Broschüre "Neuen Erfolgen entgegen", das Hauptreferat, das Ulbricht auf jenem Parteitag hielt. Wenn ausserdem die "Materialien des IV. Parteitages" heute zurückgezogen werden, so könnte die Annahme nahe liegen, dass damit die auf diesem entscheidenden Parteitag der SED eingeleitete Entwicklung, die praktisch in der totalen Machtergreifung der SED in Staat und Wirtschaft bestand, rückgängig gemacht werden soll. Ob eine solche Entwicklung möglich ist, kann nur die politische Praxis erweisen.

Auch Ulbrichts seinerzeitige Rede über "Die Warschauer Konferenz" und Grotewohls Auslassungen über "Die SU auf der Genfer Konferenz", die beide als Broschüren an die SED-Funktionäre verteilt und jetzt aus dem Verkehr gezogen wurden, sind heute nicht mehr mit den von der Sowjetunion bekanntgegebenen Perspektiven der gesamtdeutschen Politik zu vereinbaren. Dasselbe gilt für das Buch des SED-Theoretikers Oelner "Marxismus der Gegenwart". Seine Angriffe auf die sozialdemokratischen Auffassungen dürften kaum noch mit dem Bemühen konform gehen, die Masse der westdeutschen SPD-Mitglieder anzusprechen und für die östlichen Thesen der Deutschland-Politik zu gewinnen.

Wenn vor allem mit der Zurückziehung der "Materialien zum IV. Parteitag" eine grundsätzliche Revision der bisherigen, nach Stalin orientierten SED-Politik ins Auge gefasst sein sollte, dann müsste sich das, wie gesagt, in der politischen Praxis der Sowjetzone zeigen. Sie wird der Prüfstein dafür sein, ob mit diesem gewiss aufsehen-erregenden Schritt eine echte Revision eingeleitet oder nur ein neues taktisches Manöver gestartet wurde.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raukau